



ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN
Nr. 34 1992 Preis 7.- **Solidaritätspreis 10.-**

NEIN ZUR EG


Mit einer millionenschweren Propagandakampagne will uns die Bundesregierung "hineindrücken", was wir punkto EG-Beitritt zu denken haben. Kein Wunder, halb Österreich ist ja auch in Opposition zum offiziellen Kurs in Sachen Europa. Doch um welches Europa geht es wirklich?

Was ist die EG?

Die EG repräsentiert das Europa der Konzerne und Multis. Es ist ein Europa, in dem es permanent Angriffe "von oben" auf unseren Lebensstandard, unsere Gesundheit und Umwelt gibt. Es ist das Europa der Ungerechtigkeit, zwischen Nord und Süd, West und Ost. Ein Europa, in dem 30 Millionen ohne Arbeit sind und daß tagtäglich die Dritte Welt ausgebeutet. In diesem Europa haben wir Arbeitnehmer und Jugendliche nichts, die Unternehmer alles zu bestimmen. Daher: Nein zu DIESEM Europa!

Nein zum EG-Beitritt

Doch Österreichs Wirtschaft ist schon längst voll integriert in dieses EG-Europa. Österreichische Unternehmer beuten Seite an Seite mit multinationalen Konzernen "grenzenlos" aus.

EG - Zeugnis 	
Umwelt	5
Soziales	5
Ausbeutung	1
Geprüft und durchgefallen	

Wir sind gegen den EG-Beitritt, weil es eine Strategie des Kapitals ist, mit dem Schlagwort "Europareife", Sozialstandards zu drücken. Ein Nein zur EG wäre zwar ein Schlag gegen diese Strategie, ändert aber an den grundsätzlichen Problemen noch gar nichts.

Welches Europa wollen wir?

Selbst Haider gibt sich EG kritisch. Doch will es seine Partei wieder einmal in üblicher Manier allen recht machen: den Kritikern, den EG-Fans (vertreten durch H.Schmidt), aber auch den Nato-Freunden.

Im Gegensatz zu Haider und allen nationalistischen EG-Kritikern wollen wir sehr wohl ein einiges

Europa, allerdings ein ganz anders als das der EG. Unsere Ansprechpartner sind die Arbeitnehmer und Jugendlichen, die sich international gegen Unternehmerangriffe wehren. Mit ihnen gemeinsam müssen wir eine Bewegung für ein Europa ohne Ausbeutung und Unternehmer, als Schritt zu einer neuen gerechten Weltordnung, aufbauen.

John Evers
aus der SJ ausgeschlossen

INHALT:	
Kampffond.....	2
Asylgesetz.....	3
Südafrika.....	4
Jugend für Sozialismus.....	5
SJ 5 - aufgelöst.....	5
Frauen wehren sich.....	6
Giftiger Kapitalismus.....	7
Ozon.....	9
Umwelt in Osteuropa.....	9
Gift am Arbeitsplatz.....	10
Marxismus aktuell.....	11
Jugoslawien.....	12
Aus dem Betrieb.....	13
Klestil.....	13
Weltwirtschaft.....	14
Eisenbahner.....	15
Nazis.....	15
Leserbrief.....	15
Demo 24.10.....	16

VORWÄRTS-Unterstützer sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst, andere mit einem "Bezirksbetreuer" versehen. Aber alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

WTR TREFFEN UNS:

SJ 3

Gruppe Commune:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 3, Zentrum Erdberg
Lechnerstraße 2-4

SJ 5 - aufgelöst/ JFS

Gruppe Red Bull: jeden Freitag
18 Uhr 30 Cafe Yol

Wien 6, Millergasse 32

Gruppe Funke:

jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 5, Jugendzentrum
Grünwaldgasse 4

SJ 6

Linke Aktionsgruppe:
und
Gruppe Spartakus:
jeden Mittwoch 19 Uhr
beide Gruppen: (Treffpunkt)
Wien 6, Wallgasse 4

SPÖ 20/Themensekt. Jugendarbeit

Gruppe SAJ: jeden Mi. 19 Uhr
20., Marchfeldstr. 16-18/4
Sektion 17

SJ 23

Gruppe Offensiv:
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 23, Holzhütte
Ecke Sobotag./ Purkytgasse
(Treffpunkt)

SJ Salzburg

Gruppe Aufbruch
jeden Freitag
19 Uhr im Pub Schnaitl

SJ Feldkirch - Vorarlberg

Gruppe Rote Aktion:
jeden 2. und 4. Samstag im Monat
17 Uhr 30 im Cafe Bildstein

DAFÜR KÄMPFT VORWÄRTS:

- * Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- * 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- * Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen
- * 30m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- * Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik
- * Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!
- * Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- * Ein sozialistisches Österreich als Schritt zu einer neuen Weltordnung!

KAMPFFOND

Das EG-Staatssekretariat hat's, die Nationalbank hat's, wir haben's nicht. Millionen für sinnlose Kampagnen oder hohe Gehälter. Solche Mittel stehen uns nicht zu Verfügung, wir sind auf Eure Spenden angewiesen. In den letzten zwei Monaten erhielten wir durch Strassenverkäufe, Büchertische, VORWÄRTS-Sommerlager (Bücherverkauf von über 3500,-) und Einzelspenden exakt 41.159,-. Um unser Ziel von 85 120.000,- bis Jahresende zu

erreichen, haben wir zwei "Sonderaktionen" initiiert: Die Kampagne "einen Wochenlohn für VORWÄRTS", der bereits Michi Gehmacher, Reinhard Ruzicka (er spendete einen Monatslohn) und noch ein Genosse aus Wien 10 nachgekommen sind.



Weiters rufen wir alle Unterstützer/innen auf, einen Baustein für einen Computer, den wir dringend brauchen, zu 85 20, 50, 100 oder mehr zu kaufen!

DIE REDAKTION 1. September 1992

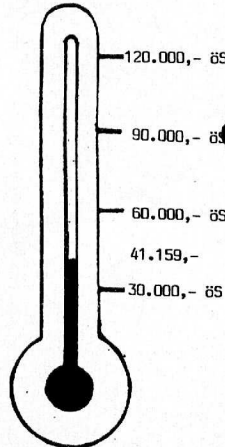
T - Shirts



"Gegen Nazis"-T-Shirts
(rote Faust)
120,- (inkl. Porto) b. d. Redaktion
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"

IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien
Druck: A.Riegelnik
Piaristeng.19 1080 Wien
Erscheinungsort:
Hergestellt aus Recycling-Papier



Spendenkonto
PSK 8812.733

WEG mit dem Asylgesetz !

Mit 1.1.93 soll das neue Aufenthaltsgesetz für Ausländer in Kraft treten. Die ersten Informationen, die darüber an die Öffentlichkeit gelangen, lassen Haarsträubendes erahnen.

Seit Beginn '92 ist das neue Asylgesetz gültig das vom "Minister aller Österreicher" (Löschnak über sich selbst) vorangetrieben wurde.

Asylgesetz 1992

Wie sieht dieses neue Asylgesetz nun aus und welche konkreten Folgen hat es? Das neue Asylgesetz soll (so der offizielle Kommentar) helfen, "echte" Flüchtlinge von "falschen" zu unterscheiden. Man will zwischen "wirtschaftlichen" (innen will man die Einreise verweigern) und "politischen" Flüchtlingen unterscheiden.

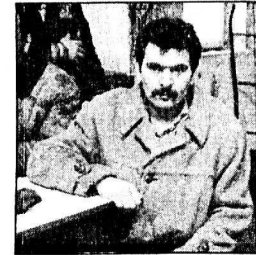
In der Praxis bedeutet das, daß jeder Flüchtling, der nicht gleich wieder ausgewiesen werden will, mit einem Personalausweis (wenn möglich Reisepaß) gleich bei der Einreise um Asyl ansuchen muß.

Auf der Flucht vor irgendeiner Geheimpolizei hat man wohl kaum Zeit, an Personalausweise oder ähnliches zu denken. Viele müssen auch aus Sicherheitsgründen mit gefälschten Papieren flüchten. Außerdem ist es in Ländern der Dritten Welt nicht zuletzt so, daß Reisepässe oder Personalausweise ein absolutes Privileg einer kleinen Oberschicht sind.

Als ob das noch nicht genug wäre! So sieht dieses Gesetz auch noch die Abschiebung all jener Asylbewerber vor, die aus einem Land kommen, das von den Beamten als sicher eingestuft wird (z.B. die Türkei für Kurden) oder die über ein sogenanntes "sicheres" Drittland - also nicht direkt aus ihrem Heimatland - kommen. "Sichere Drittländer" sind Länder in denen es offiziell keine politische Verfolgung gibt.

Dieser Punkt bewirkt eine Unter-

scheidung zwischen armen und reichen Flüchtlingen. Denn wie soll ein irakischer Kurde direkt aus dem Irak nach Österreich kommen? (Er kann ja nicht in seinen Privatjet steigen, denn er hat keinen!) Wenn er über die Türkei kommt, ist das bereits ein "sicheres" Drittland. Für alle Asylwerber, die nicht den Bestimmungen des Asylgesetzes entsprechen, ist die Abschiebung in sogenannte "sichere" Drittländer vorgesehen.



Aufenthaltsgesetz 1993

Das neue Asylgesetz war wohl das Unmenschlichste, das in den letzten 45 Jahren an Gesetzen verabschiedet wurde. Das neue Aufenthaltsgesetz, das demnächst ausformuliert und beschlossen werden soll, bringt allerdings das Faß zum Überlaufen.

Das erste, was von diesem Gesetz bekannt wurde, war die Idee einer strengen Quotierung der Zuwandererzahlen.

Diese Idee erinnert ein wenig an Maßnahmen, die manche Staaten (z.B. USA) während des Zweiten Weltkrieges setzten, was vielen deutschen Juden die Auswanderung unmöglich machte. Bezeichnend für solche Gesetze ist auch die Tatsache, daß man sich schon darüber einig war, wie man diese Quote umgehen kann, bevor die Höhe überhaupt feststand.

Wenn ein Bundesland nämlich vorweisen kann, daß die Ausländerquote über dem Durchschnitt des Bundesgebietes liegt, muß es die

vorgesehene Quote nicht erfüllen. Diskutiert wird auch, daß nur jene nach Österreich dürfen, die einen Beruf erlernt haben, für den zuwenig einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Der ideale Ausländer ist jung, gesund, qualifiziert, hat keine Familie (und will auch keine gründen), arbeitet für sehr geringen Lohn und läßt sich, wenn er nicht mehr gebraucht wird, anstandslos zurückschicken. Das erinnert wohl eher an Sklaverei.

Folgen

Das neue Asylgesetz bewirkt in vielen Fällen letztendlich den Tod der Betroffenen. So werden z.B. die Asylanträge von Deserteuren - auch wenn sie zuhause bereits zum Tode verurteilt wurden - quasi prinzipiell abgelehnt! Mehrere Kosovoalbaner, die sich der Einberufung in die serbische Armee widersetzt haben, sollen abgeschoben werden! Die Asylanträge wurden abgelehnt; im Bescheid hieß es "Die drohende Strafe infolge der Desertation ist unbeachtlich, da sie bloß als Mittel zur Durchsetzung staatsbürgerlicher Pflichten angesehen werden kann." Der Prozeß sieht im überwiegenden Teil aller Fälle so aus: Asylantragstellung, Schnellverfahren, negativer Bescheid, Aufenthaltungsverbot, Schubhaft, Abschiebung.

Dieses Asylgesetz ist von Sozialdemokraten mitbeschlossen und von Sozialdemokraten erdacht worden. Die berechnete Angst vieler Österreicher um Wohnung und Arbeit wird auf diese Art sicher nicht beseitigt werden, da Asylwerber und Ausländer nicht Schuld sind an diesen Mißständen. Die einzigen, die von solchen Regelungen profitieren, sind jene Unternehmer, die Ausländer schwarz anstellen, keine Sozialabgaben zahlen und das Lohnniveau drücken. Diese beiden Gesetze müssen wo es nur geht bekämpft werden.

Michael Hotvagner - SJ 23

Generalstreik in Südafrika

Generalstreik Anfang August, Massaker in den Siedlungen der Schwarzen, Waffenforderungen auf ANC Veranstaltungen - Südafrika brennt.

In den letzten Jahren mußte Präsident de Klerk unter dem immer stärker werdendem nationalen und internationalen Druck einige Reformen durchführen. 1990 wurde sogar der ANC (Afrikanischer Nationalkongress), die führende Organisation der Schwarzen nach jahrzehntelangem Verbot wieder legalisiert. Doch noch immer gibt es politische Verhaftungen und Morde. Seit 1984 wurden insgesamt 14.000 Menschen ermordet, gerade unter de Klerk ging die Zahl der (politisch motivierten) Todesfälle drastisch nach oben. Die schwarze Bevölkerung Südafrikas ist immer weniger bereit, das hinzunehmen. Die Führung des ANC mit Nelson Mandela an der Spitze wird wegen ihrer zu hohen Kompromißbereitschaft von der Basis immer stärker kritisiert. Gerade aus dem Jugend- und Gewerkschaftsbereich gibt es bereits massiven Widerstand gegen die ANC-Führung. Auch die Möglichkeit der Spaltung des ANC scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Generalstreik

Sogar der Grund für den Generalstreik zeigt das Zurückweichen des ANC. Die Regierung forderte eine notwendige 75% Mehrheit für Änderungen im Parlament, der ANC war "nur" zu 70% bereit. Der Druck von unten war bereits so explosiv, daß die ANC-Führung handeln mußte.

Der Generalstreik wurde, obwohl bis kurz davor nicht klar war, aber er überhaupt stattfinden würde, ein voller Erfolg. 90% der schwarzen Arbeitnehmer streikten, und Millionen von Schülern unterstützten einen Schulboykott. Doch anstatt auf der Basis dieses Streiks die Regierung zu stürzen, und die sofortige Wahl einer konstituierenden Versammlung ohne jegliche

Sperrklauseln zu erzwingen (wie es den ANC-Statuten entspricht), drohte man ANC-Mitgliedern, die sich gegen den Terror der Regierung bewaffneten, mit Ausschuß.



Dies alles passiert in einem Land, wo bewaffnete Banden ein Massaker nach dem anderen verüben. Diese Gruppen gehören meistens der Inkatha an, einer von der Regierung finanziell und materiell unterstützten Gruppe. Der Vorsitzende der Inkatha ist "König" Buthelezi, der gleichzeitig Häuptling des Zulu-Stammes ist. Die relativ hohe Mitgliedszahl ist daher einfach erklärt. In Homelands, wo Zulus die Mehrheit stellen, kann es sehr gefährlich sein, der Inkatha nicht beizutreten. Tausende Menschen wurden in den letzten Jahren von der Inkatha umgebracht, 2000 davon angeblich allein deshalb, weil sie nicht beitreten wollten.

Bei den jüngsten Massakern in Boipatong wurden ca. 50 Männer, Frauen und Kinder bestialisch niedergemetzelt. Danach mußte der ANC die Gespräche mit der Regierung abbrechen. Jedoch die zahlreichen Übergriffe und Morde der Inkatha auf Arbeiter, die zu ihren Arbeitsplätzen fahren, gehören schon zum Alltag in Südafrika. Die Weißen benutzen solche Massaker gern, um die angebliche Regierungsunfähigkeit "der" Schwarzen zu beweisen, doch in Wirklichkeit wurden z.B. die Mörder von Boipatong mit Poli-

zeautos zu ihrem "Einsatzort" gebracht. Die Inkatha wird von der weißen, herrschenden Klasse dazu benutzt, Angst und Schrecken unter den Schwarzen zu verbreiten.

Freiheit für Philemon Mauku

Wenn sich Mitglieder des ANC dann einmal wehren, werden sie inhaftiert. Erst kürzlich wurde Philemon Mauku, ein Unterstützer der marxistischen Arbeitertendenz des ANC, für den Besitz von zwei Gewehren zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die Versammlung seines Viertels hatte ihn zur Anschaffung der Waffe beauftragt, um die Mitbewohner vor Inkatha- und Polizeiübergriffen zu schützen. Er wurde inhaftiert, die Mörder von Boipatong werden wohl nie gefunden werden und die Funkprotokolle der Polizei wurden "versehentlich" gelöscht.

Und die Zukunft?

In Südafrika liegt die Arbeitslosigkeit derzeit bei 50%, weniger als 10% der Schulabgänger finden einen Job, die Nahrungsmittelpreise sind im letzten Jahr um 26% gestiegen - die wirtschaftliche Lage ist katastrophal. Ein Südafrika, in dem nicht nur politische Grundrechte mit Füßen getreten werden sondern in dem es auch wirtschaftlich immer weiter bergab geht, hat den meisten nichts zu bieten. Egal, ob schwarz, weiß oder gemischt regiert, ohne eine radikale Änderung des Systems gibt es keine Lösung. Südafrika ist ein Schlüsselland für das internationale Kapital in Afrika. Eine erfolgreiche Machtübernahme von schwarzen und weißen Arbeitern hätte eine enorme Auswirkung auf den durch und durch ausgebluteten afrikanischen Kontinent. Der Generalstreik war ein guter Anfang, doch stehen noch harte Kämpfe bevor, damit dieses Ziel erreicht wird. **Für ein sozialistisches Südafrika!**

Michael Bonwalot SJ 5-aufgelöst

Jugend für Sozialismus

JUGEND
FÜR
SOZIALISMUS



Aktion für eine sozialistische SJ

"Die Jugendlichen sind uninteressiert, individualistisch, unpolitisch und rechts..." ist oft das Argument, warum sich Jugendliche immer weniger in Jugendorganisationen, vor allem der Sozialistische Jugend, organisieren.

So erklären viele Funktionäre der SJ den Mitglieder- und vor allem den Aktivistenschwund der letzten Jahre. Eine einfache Methode, um die eigenen, offensichtlich falschen Methoden zu vertuschen. Tatsache ist, daß Jugendliche sehr wohl unzufrieden mit ihrer Situation sind. Kein Wunder angesichts Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Ausländerfeindlichkeit, Umweltzerstörung... Viele von ihnen sind auch aktiv in Organisationen wie Greenpeace, Amnesty... Das "Potential" für eine starke SJ, die auf all diese Probleme sozialistische Antworten geben könnte (aber leider nicht tut), wäre also grundsätzlich vorhanden. Doch unter dem Deckmantel des "alles muß anders werden", frönt die SJ-Führung dem Nichtstun. Die Organisation wird entpolitisiert und soll zum Karriere-sprungbrett für eine Handvoll Yuppies werden. Diese "Arbeit" schreckt viele Jugendliche ab. Die Folge ist eine in weiten Teilen Österreichs darniederliegende SJ. Doch schlimmer noch: Gut funktionierenden SJ-Gruppen, die links, kritisch und sehr aktiv sind, werden Steine in den Weg gelegt. Die Bürokraten haben offensichtlich Angst um ihre Pfründe. In Wien wurden fünf marxistisch orientierte Bezirke aufgelöst, ihre Vorsitzenden ausgeschlossen und zuguterletzt sogenannte Bezirksbetreuer eingesetzt, die sich teilweise wie kleine Diktatoren aufführen.

Viele Jugendliche haben sich mit uns solidarisiert und immer mehr wollen in den weiter voll funktionierenden Gruppen aktiv werden. Aber sie haben keine wirkliche Vertretung mehr in der SJ! Die aufgelösten Bezirke sind offizi-

ziell sowieso nicht existent, in jenen mit Bezirksbetreuer ist dieser nicht verpflichtet, sich an Bezirksbeschlüsse zu halten. Und das, obwohl diese Bezirke die Mehrheit der Aktivisten in der SJ-Wien repräsentieren. Wieviel Demokratie hat's?

Am 22.5.92 trafen sich 50-60 Jugendliche, um über die Zukunft dieser Bezirke zu diskutieren. Beschlossen wurde die Gründung von "JUGEND FÜR SOZIALISMUS - Aktion für eine sozialistische SJ". Ziel ist es, die Arbeit dieser Bezirke zu koordinieren, sich gegen die Angriffe der SJ-Führung zu wehren und Jugendliche für sozialistische Politik zu gewinnen. JUGEND FÜR SOZIALISMUS (JFS) ist keine Konkurrenz zur SJ. Aber es ist wichtig, die linken, kritischen Stimmen in der SJ zu sammeln. Wenn man wie JFS ein klares sozialistisches Programm vertritt, dann sind sehr viele bereit, sich zu organisieren, aktiv zu werden und sogar regelmäßig Geld in Form eines Unterstützungsbeitrags beizusteuern. JUGEND FÜR SOZIALISMUS wird im Herbst eine Kampagne gegen den EG-Beitritt durchführen. Außerdem unterstützen wir die vom Antifa-Komitee organisierte europaweite Antifa-Demo in Brüssel. Die Koordination zwischen den einzelnen Bezirken erfolgt durch einen Koordinationsrat, über die Arbeit in den Bezirken entscheiden alle Aktivisten.

Unser Ziel ist es, möglichst

viele Jugendliche für unsere Ideen zu gewinnen, und zu zeigen, daß man etwas ändern kann. Wir wollen durch JUGEND FÜR SOZIALISMUS in der SJ für einen klaren sozialistischen Kurs kämpfen. Dort, wo die Bürokraten versucht haben, durch Auflösungen und Ausschlüsse sozialistische Jugendarbeit unmöglich zu machen, soll JFS als Träger der besten Traditionen und Ideen der Sozialistischen Jugend weiterarbeiten.

Sonja Grusch
aus der SJ ausgeschlossen

Falls Du Informationen über JUGEND FÜR SOZIALISMUS willst, schreib an die Redaktion oder komm in eine der Gruppen (Seite 2)



JUGEND FÜR SOZIALISMUS IM FÜNFTEN

Der 5. Bezirk gehört zu jenen Bezirken, die die SJ-Führung nach wie vor nicht zu öffnen wagt. Offiziell geschlossen zu sein, bedeutet aber noch lange nicht politische Inaktivität. Im Gegenteil, den ganzen Sommer über gab es regelmäßige Treffen. Unser 1. regulärer Gruppenabend in "unserem" Jugendzentrum Grünwaldgasse 4 war auch ein voller Erfolg. Über 20, vielfach neue Gesichter wie ich, drängten sich um einen viel zu kleinen Tisch. Nach einer ausführlichen aktuellen "Viertelstunde" (die sicher über 30 Minuten dauerte), bei der es vor allem um Rostock ging, schritten wir in zwei Arbeitsgruppen zu konkreten Taten. In der einen malten wir Transparente und in der anderen planten wir das Herbstprogramm (Antifa und Anti-EG-Kampagne) sowie unsere Bezirkszeitung "Rotstift". Für JUGEND FÜR SOZIALISMUS konnten wir allein an diesem Gruppenabend 10 neue Unterstützer gewinnen.

Aktivist der SJ 5-aufgelöst



Frauen wehren sich

Am 9.5.89 überschüttete Kiranjit Ahluwalia, eine junge Frau aus Großbritannien, ihren schlafenden Ehemann mit Benzin und setzte ihn in Flammen.

Zuvor hatte er sie wieder einmal geschlagen und ihr Gesicht mit einem heißen Bügeleisen bearbeitet. Seit ihrer Hochzeit war Kiranjit von ihrem Mann ständig verprügelt, mit Messern attackiert, die Treppe hinuntergestoßen und vergewaltigt worden. Mehrmals hatte ihr Mann auch gedroht, sie zu töten.

Um all dem zu entkommen, hatte sie oft versucht, bei Ärzten, Verwandten und sogar der Polizei Hilfe zu bekommen. Doch bei diesen traf sie auf Unverständnis. Ihre triste Lage wurde verharmlost und sogar negiert. Immer wieder wurde ihr gesagt, daß sie sich doch bemühen sollte, die Ehe ins rechte Lot zu bringen.

Während der Verhandlung im Dezember '89, in der sie des Mordes angeklagt wurde, behauptete ein medizinischer Gutachter, daß Kiranjit von ihrem Ehemann nie ernsthaft verletzt wurde. Deshalb wurde sie zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. **Ein Einzelfall? - Leider nicht!**

40% der Frauen, die ihren Partner töten, werden in GB zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt - jedoch nur 25% der Männer.

Die meisten der betroffenen Frauen mußten Ähnliches durchmachen wie Frau Ahluwalia. In GB hat jede dritte Frau bereits Erfahrung mit Gewalt in der Familie gemacht, 100 Frauen werden jährlich von ihren Partnern getötet.

Nach der derzeitigen Gesetzeslage gilt Gewalt in der Ehe nicht als Provokation. Deshalb werden in der Regel Frauen, die jahrelang psychische und physische Qualen durch ihren Ehemann erfahren haben und ihn deshalb töten, des Mordes für schuldig befunden.

Um dagegen aufzutreten, wurde im Sommer '91 die "Campaign Against Domestic Violence" (CADV, Kampag-

ne gegen Gewalt in der Familie) gegründet.

Auf der 1. Konferenz der CADV am 7.3.92, an der 500 Frauen und Männer teilgenommen haben, wurde neben der Forderung, das oben erwähnte Gesetz abzuschaffen, auch gefordert, Beratungsstellen für betroffene Frauen und mehr Frauenhäuser zu schaffen.

Aber warum üben Männer überhaupt dermaßen häufig Gewalt gegen Frauen aus?

Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Frauen und Männern hat sich im Laufe der Geschichte durch die Entwicklung des Privateigentums und die sich daraus ergebenden Produktionsverhältnisse zu einem Patriarchat gewandelt, in dem der Mann bestimmt und die Frau gehorcht. Die (proletarische) Frauenbewegung hat zwar einige Reformen erkämpfen können. Doch alle diese Reformen sind begrenzt und werden immer wieder von den Unternehmern und ihren Politikern angegriffen. Wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung der Frau gehören untrennbar zusammen. Trotz der Versuche, die Gleichstellung der Frau durchzusetzen, erzieht uns die Gesellschaft immer noch nach der alten Rollenschematik.

In Österreich: Etwa jede 4. Frau wird sexuell mißhandelt. Frauen verdienen nur 2/3 des Männerlohns bei gleicher Arbeit.

Männern wird gelehrt, hart, bestimmt, gefühllos und aggressiv zu sein. Ihnen wird die Herrscherrolle in der Gesellschaft zugesprochen, die Frau darf nur den Part der Beherrschten spielen.

Deshalb fordert die CADV, Beratungsstellen für Männer einzurichten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, aus ihrer anerzogenen Rolle zu entkommen.

Die konservative Regierung in GB hat 1991 endlich Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt, doch wird es einer Frau in der Realität fast unmöglich gemacht, ihren Mann

auch tatsächlich anzuzeigen oder ihn zu verlassen.

Vor allem die wirtschaftliche Lage der Frauen bleibt unverändert schlecht. Unter dem Vorwand, die britische Wirtschaft müsse angekurbelt werden, werden Sozialleistungen und Löhne gekürzt, wird noch höhere Arbeitslosigkeit erzeugt, werden weder Sozialwohnungen geschaffen noch Gesetze zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Betrieben.

Statt dessen wird die "heilige Familie" von der Regierung gepriesen - daß Frauen nach wie vor unbezahlte Hausarbeit leisten und durchschnittlich schlechter verdienen, bleibt weiterhin selbstverständlich.

Die CADV bekämpft daher die Politik, die es Frauen aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich macht, ihren gewalttätigen Partner zu verlassen.

Besonders bei den Gewerkschaften war das Echo der CADV sehr groß: Einerseits kämpfen viele Arbeiterinnen intensiv um die Unterstützung der Gewerkschaften, andererseits haben viele männliche Arbeiter erkannt, daß der Kampf gegen die Diskriminierung der Frau eng verstrickt ist mit einem gemeinsamen Kampf um mehr Sozialleistungen, höhere Löhne etc.. Für die Unternehmer ist Rivalität zwischen Frauen und Männern notwendig, um besser ausbeuten zu können. Für die ArbeiterInnen ist der gemeinsame Kampf notwendig, um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und die Gleichberechtigung erreichen zu können!

Markus Schuster SJ 3

GIFTIGER KAPITALISMUS

Die Zerstörung der Umwelt hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine völlig neue Qualität erreicht und ist zu einer akuten Bedrohung für die Menschheit geworden.

Im Kapitalismus wird gewinnorientiert und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen produziert. Neue Technologien werden nicht nach ihrer Umweltverträglichkeit, sondern nach ihrer Vermarktbarkeit bewertet. Typisch ist auch die Rolle der Werbung. Durch einen Millionenaufwand werden in den Menschen künstliche Bedürfnisse geweckt. Produkte werden bewußt von so schlechter Qualität hergestellt, daß der Konsument schnell neue kaufen muß. Die Konkurrenz zwingt den einzelnen Unternehmer dazu, kein Geld für Umweltschutzmaßnahmen zu "vergeuden". In diesem System nur was Profit bringt. Dies bedeutet eine enorme Rohstoff- und Energievergeudung und eine verheerende Abfallbelastung.

Umweltzerstörung in der "3. Welt"

Noch viel schwerwiegendere Umweltverbrechen begeht der Kapitalismus aber tagtäglich in der ohnehin bis auf das Letzte ausgebeuteten "3. Welt". Sie hat im Weltmarkt nicht nur Billiglöhnezone, sondern auch "unbegrenzter" Rohstofflieferant und Abfallkübel zu sein. Die sogenannte Entwicklungshilfe richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen, sondern nach den Profitten der multinationalen Konzerne.

Die Folgen in diesen Ländern sind: Monokulturen, Tourismus, Weideland ausschließlich für die Exportproduktion, Verseuchung durch Kunstdünger und Pestizide; Luftreinhaltung, Wasserversorgung und Abfallbeseitigung sind nicht geregelt. Für Millionen Menschen in der "3. Welt" ist die ökologische Katastrophe nicht - wie bei uns - eine Zeitbombe, sondern Realität.



Die Abholzung von Wäldern im Himalaya führt zu Überschwemmungen in Bangladesch. Die Rodung der tropischen Regenwälder wird bald zu einer weltweiten Klimaveränderung mit drastischen Folgen führen. Die großen Urwälder Europas und Nordamerikas sind schon fast völlig zu Holzproduktionsflächen geworden. Es sterben täglich 140 Arten aus, 3/4 aller Vögel sind vom Aussterben bedroht, ebenso 40 % aller Säugetiere. Schuld daran ist der weltweite Handel mit Tropenhölzern

und der Versuch, auf diesem Gebiet neue Monokulturen anzubauen, obwohl der Boden größtenteils unbrauchbar ist. Vorort sind die Folgen Verstärkung und Verwüstung. Hungersnöte in der Sahelzone weiten sich aus und gehören zur Tagesordnung. Atomanlagen und Chemiefabriken werden von den Konzernen und Regierungen der entwickelten Ländern unterstützt. Sicherheitsvorkehrungen sind selten - um Kosten zu sparen, schwere Arbeitsunfälle an der Tagesordnung.

Die Abhängigkeiten der Regierungen vom Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank, die eine Zusage von Krediten an die "3. Welt" mit Forderungen koppeln (Lohnniveau drücken, bestimmte Firmen bevorzugen, Monokulturen), gehen auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung. Deshalb lassen die Regierungen zu, daß Stoffe und Produktionsverfahren, die in der "1. Welt" längst verboten sind, verwendet werden, verzichten auf Umweltschutztechnologien oder versuchen, durch den Import von Giftmüll ihre Devisen aufzubessern. Umweltzerstörung hält sich nicht an Staatsgrenzen. Schon jetzt gibt es 10 Mio. Umweltflüchtlinge, die ihre Heimat aufgrund von Verödung oder wegen anderer Umweltkatastrophen verlassen mußten. Durch die Auswirkungen der kommenden globalen Klimakatastrophe werden weitere Millionen Menschen in den nächsten Jahren durch die ökologische Zerstörung ihrer Heimat zu Flüchtlingen. Doch die Staaten der "3. Welt"

können im Kapitalismus keinerlei Verbesserungen erwarten. Der Schuldenberg ist bereits auf 1.300.000.000.000 (1,3 Billionen) US Dollar gestiegen und mit den Schulden wachsen die Probleme durch die Abhängigkeit.

Umwelt und Staat

Auf Druck von Protestbewegungen werden beschränkt Gesetze verabschiedet, die zwar Verbesserungen bringen, aber nicht ausreichen um auf die Dauer eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Der Staatsapparat ist wegen seiner engen Verknüpfung mit der Wirtschaft zu wirklichem Umweltschutz nicht fähig. Die jeweiligen Chemie-, Atom- und sonstigen Lobbys richten es sich mit den zuständigen Stellen meistens wie sie wollen. Außerdem wenn z.B. ein Umweltgesetz in einem Land erlassen wird, heißt das nicht, daß der Unternehmer sich auch daran hält. Er verlagert entweder die Produktion ins Ausland oder droht der Regierung damit und bringt somit das neue Gesetz zu Fall.

"Im Kleinen beginnen..?"

Unternehmer predigen immer, daß man als Einzelperson, jeder Haushalt für sich, mit dem Umweltschutz beginnen muß. Es ist zwar richtig und notwendig, daß die Leute das tun, doch wäre die Verbesserung allein dadurch nur sehr gering, weil die Produktionsweise trotzdem extrem schädigend ist. Unternehmer wollen sich mit diesem Argument nur vor der Verantwortung drücken und von den wirklichen Problemen ablenken. Produkte werden zwar umweltbewußt vermarktet, sind es aber oft nicht. In Deutschland wurde gerade erst bekannt, daß eine Firma, die in etwa nach dem Prinzip wie die ARCEV arbeitet ("Verwertungsbeitrag" für Plastikflaschen einheben, sammeln, verwerten), die gesammelten Flaschen auf eine Deponie in Frankreich brachte. War wohl nichts mit der Verwertung.



Die Altlasten des Stalinismus

Den arbeitenden Menschen in den ehemals stalinistischen Staaten liegt genausoviel an der Erhaltung der Natur wie jenen im Westen. Aber mit der Unterdrückung fast aller Bedürfnisse der Bevölkerung und der Ausschaltung jeglicher Demokratie konnten diese Interessen in der Produktion nicht wirksam werden. Die Menschen hatten nicht einmal die Möglichkeit, sich über die Umwelt zu informieren oder Organisationen für die Verwirklichung ihrer Interessen zu schaffen. Anstatt daß die Arbeiterklasse die Wirtschaft effizient nach ihren Bedürfnissen plante - ein Grundbedürfnis ist sicherlich dabei auch, sich am Arbeitsplatz nicht zu vergiften, bzw. für sich selbst keine umweltschädlichen Produkte zu erzeugen - herrschte eine abgehobene Bürokratie. Sie plante von oben, ohne Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen (und importierte für sich selbst Luxusprodukte aus dem Westen). Die Bürokratie ließ hauptsächlich zentrale Großprojekte zu, wie die zahlreichen AKWs in der Ex-DDR und der ehemaligen UdSSR. Dazu kamen noch schlechte oder gar keine Sicherheitsvorkehrungen und miserabel geschultes Personal. Die Folgen waren Unfälle wie Tschernobyl mit verheerender Auswirkung. Eine gigantische Vergeudung von Materialien war häufig nicht zu vermeiden, weil die

passenden Werkzeuge oder Arbeitsmaterialien gerade nicht vorhanden waren und andauernd improvisiert und gepfuscht werden mußte.

Um die Abhängigkeit vom Weltmarkt und der damaligen Sowjetunion zu reduzieren, setzte z.B. die Bürokratie der DDR hauptsächlich die eigene teurere Braunkohle ein. Die Folgen davon waren, daß in der Ex-DDR mehr Schwefeldioxid in die Luft geblasen wurde als irgendwo sonst in Europa. Die Luftbelastung ist auf das Fünffache gestiegen. In einem Drittel der DDR-Gewässer ist jegliches Leben erloschen, nur 3% der Seen haben noch Trinkwasserqualität. Veraltete



Produktionsformen leisteten einen weiteren Beitrag zur Umweltvernichung (Trabi= Giftproduktion auf Rädern). Eine demokratische Planung kontrolliert von Produzenten und Konsumenten (also der Arbeiterklasse) hätte diesen Wahnsinn unmöglich gemacht.

Sozialismus oder Barbarei

Aber genauso wenig wie sich der Kapitalismus den Umweltschutz in der 3.Welt leistet, wird er in Osteuropa freiwillig im Interesse der Natur auf Profite verzichten. Die Folgen des Kapitalismus und Stalinismus sind jetzt schon verheerend. Vernichtung von Ressourcen, unwiederbringbare Zerstörung von ganzen Landstrichen, Ausrottung von Tierarten, Erkrankung von Mensch, Tier und Pflanzen... Denn der Stalinismus unterstützte Umweltschutz genauso wenig wie der Kapitalismus, der nur auf Profit aus ist. Doch spätestens jetzt muß etwas getan werden, da die Auswirkungen schon so um sich greifen, daß der Mensch bald daran zu Grunde geht.

Tanja Kozak SJ 6

OSZON: Der Killer

Das Ozon tritt in zwei Arten auf. In der Atmosphäre ist es Schutz gegen das Eindringen von zuviel UV-Strahlen - hier ist es notwendig. Wenn es aber in Bodennähe zu stark auftritt, ist es gesundheitsschädlich.

Ozonloch

Die Ozonschicht wird immer dünner, das Ozonloch über der Antarktis vergrößert sich täglich. Seit 1991 reduzierte sich die Ozonschicht um 15%, auch über Europa, Australien, Asien und Amerika. Die gefährlichen UV-Strahlen können ungefiltert auf die Erde gelangen und gefährden Mensch, Tier und Umwelt. Allergische Reaktion, Ausschläge und Hautkrebs sind die Folge. Hauptsächlich wird die Ozonschicht durch Fluor-Chlor-Kohlen-Wasserstoffe (FCKW) zerstört. Bei einem sofortigen Stop der FCKW-Produktion hätten wir noch Jahrzehntlang an den Folgen zu leiden, dennoch wäre gerade das der einzige Ausweg. Doch die Industrie ist nicht bereit, die Produktion einzustellen, obwohl es Ersatzprodukte gibt, weil die Kosten dadurch steigen würden.

Bodennahes Ozon

Zusätzlich wird das bodennahe Ozon immer stärker. In Österreich gab es diesen Sommer so extrem hohe Ozonwerte, daß die Vorwarnstufe eingeleitet wurde. Das blieben aber Einzelfälle, denn bei den sonst noch höheren Werten passierte gar nichts.

Beurteilung:

Über 0,12 mg Ozon/m³ = belastet,
Über 0,20 mg = stark belastet,
hier sollte die Vorwarnstufe ausgelöst werden,
Über 0,30 mg = Sehr stark belastet,
Auslösung der Warnstufe 1,
Über 0,40 mg = extrem belastet,
Warnstufe 2.

Bei der Vorwarnstufe sollen gefährdete Personen (Kinder mit Atemwegserkrankungen, ...) starke

Anstrengungen im Freien vermeiden besonders zu Mittags und Nachmittagszeiten. Bei Warnstufe 1 gilt dies bereits für gesunde Personen. Gefährdete Personen sollen sich in Räumen, in denen nicht geraucht wird, aufhalten. Bei Warnstufe 2 wird der gesamten Bevölkerung empfohlen, sich bevorzugt in Innenräumen aufzuhalten, in denen nicht geraucht wird. Jede ungewohnte und starke Anstrengung im Freien ist zu vermeiden, Fenster sind wenn möglich zu schließen.

Das Problem ist, daß Warnstufen nur dann ausgelöst werden, wenn die entsprechenden Werte bei 2 Meßstellen im Gebiet innerhalb von 24 Stunden angezeigt

werden. So passiert es auch, daß eine Meßstelle in Wien 0,38 mg O₃/m³ anzeigt (Warnstufe 1-2) ohne dabei die Vorwarnstufe oder die entsprechende Warnstufe auszulösen. Ozonalarm würde bedeuten, daß "der normale Betrieb" nicht einfach weitergeführt werden kann. Auf Gefährdete müßte Rücksicht genommen werden, Produktion und Verwaltung müßten reduziert oder sogar gestoppt werden. Die Verwendung von LKW's und PKW's müßte sofort stark eingeschränkt werden. Zusätzlich müßten aufwendige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden. Daran besteht aber kein Interesse. Wiedereinmal geht Profit vor Gesundheit!

Sonja Grusch
aus der SJ ausgeschlossen

Umwelt in Osteuropa



1000 Kindern das 1.Lebensjahr nicht. Wenn die Luftverschmutzung Spitzenwerte erreicht, suchen Kinder und Lungenerkrankte Zuflucht in einer Salzmine. In Oberschlesien müssen 3/4 der Kinder schon im Alter von 10 Jahren regelmäßig wegen Bronchitis, Asthma, Allergien, geistiger Unterentwicklung und Geschwüren behandelt werden. In Ungarn ist einer von 17 Todesfällen direkt auf die Luftverschmutzung zurückzuführen. In Budapest haben Luftmessungen eine 30fache Überschreitung der Grenzwerte für Blei aufgezeigt. 70% aller Gewässer der CSFR sind biologisch tot, sauberes Trinkwasser ist in ganz Osteuropa und der Sowjetunion Mangelware. Im Wolga-Delta beträgt die Verschmutzung durch Erdöl das 20fache des Grenzwertes, in Einzelfällen das 160fache. An der Schwarmeerküste bei Odessa liegen die Tensidkonzentrationen 30 mal über den Grenzwerten.

Für Österreich sind die grenznahen Atomkraftwerke eine Bedrohung. Bohunice A1 ist zwar nach zwei schweren Unfällen 1979 stillgelegt worden, doch ein Teil der Brennstäbe lagert noch immer in einem Wasserbecken, das bereits

undicht ist - wodurch radioaktives Wasser ins Grundwasser sickert. Bohunice V1 wurde 1980 in Betrieb genommen und ist das älteste, noch arbeitende, AKW in der CSFR. Die Sicherheitsvorkehrungen liegen weit unter dem internationalen Standard und machen es zu einer Zeitbombe. Das Kraftwerk Temelin sollte die größte AKW-Anlage in der CSFR werden. Der 1. Block wurde von der Internationalen Atomenergiebehörde untersucht und eine Reihe von Mängeln festgestellt, die zu Katastrophen führen könnten. Westliche Stromkonzerne wollen sich am Atomkraftwerksbau beteiligen, um billiger Strom importieren und billiger Strom produzieren zu können. Die großen westlichen Kernkraftwerkshersteller (Siemens, Westing-

house, etc.) bemühen sich alle um Aufträge in der CSFR, um beim Bau des nächsten AKWs mitmischen zu können. Sogar die VÖEST bietet für das AKW Temelin Sicherheitstechniken und alles andere, was man noch für ein Atomkraftwerk braucht, an. Nicht nur hier mischt Österreich mit. Schon 1980 wurden 300 t dioxinhaltige Filterkuchen der Wiener Müllverbrennungsanlagen Flützersteig und Spittelau nach Ungarn transportiert. Aber auch Private exportieren Müll. So sammelte die Industrieabfallsverwertungsgesellschaft (IAV) rund 1500t Giftmüll in Österreich und exportierte ihn vielfach unter falscher Deklaration nach Polen und in die CSFR. 25-100.000 t österreichischer Giftmüll werden jährlich auf die

ostdeutsche Deponie Schöneberg exportiert. Auch in Zukunft kann man noch mit weiteren "dreckigen" Deals rechnen, denn mit Müll kann man illegal gewinnversprechende Geschäfte machen. Die sogenannten "Neuen Demokratien" werden sich auch in Zukunft nicht für den Umweltschutz einsetzen - denn Umweltschutz ist teuer und Geld ist keines da. Die Umweltverschmutzung hat dort schon Auswirkungen wie in der 3. Welt. Und auch der Westen wird nicht investieren - er hat weder Interesse daran noch Geld. Umweltschutz ist aber ein Grundrecht. Die einzige Lösung liegt darin, die Kapitalisten mitsamt der Umweltverschmutzung zum Teufel zu jagen.

Tanja Kozak SJ 6

tigen Substanzen in gewöhnlichen Müll, wird durch die folgende Müllverbrennung Luft, Boden, Wasser nachhaltig und gesundheitsbedrohend verschmutzt. Besonders PVC gefährdet auf dem Weg Herstellung - Verwendung - Entsorgung Umwelt und Gesundheit. Bei der Müllverbrennung entstehen Salzsäure, Schwermetallstaub, Dioxinen... Zusammen mit dem hohen Chlorgehalt sind diese Stoffe in der Luft gesundheitsgefährlich. Doch trotzdem produzieren die Unternehmer weiter PVC-Verpackungen, umweltschädliche Büromaterialien... Wo sitzen da wohl die wirklichen "Umweltschweine"?

Tanja Kozak SJ 6



Der Brunnenvergifter einst und jetzt

Wer im Büro arbeitet, lebt gefährlich. Für den Profit der Chemie und Papierindustrie stimmt, riskieren viele täglich ihre Gesundheit.

Weltweit sind über 9 Millionen chemische Stoffe bekannt, die meisten sind krebserregend, erbgutschädigend und/oder greifen das Immun- und Nervensystem an. Am Schreibtisch selbst findet man in fast allen Klebern, Korrekturlacken und Verdünnern organische Lösungsmittel. Am gefährlichsten davon ist Formaldehyd, das auch in Spanplatten und geschäumtem Material vorkommt. Es führt zu Kopfschmerzen, Atemreizung, Allergien und ist krebserregend. In Buntstiften, Faserschreibern und Kunststoffen befinden sich noch Schwermetalle und Farbstoffe. Über die Müllverbrennung gelangen sie in die Luft und lagern sich im Körper ab. Für fast alle giftigen Materialien gibt es bereits Alternativen, die Umwelt und Menschen nicht gefährden. Umweltbewußtsein lassen sich die Hersteller mit hohen Preisen zahlen. Täglich ist die Gesundheit von Büroangestellten gefährdet.

Ein weiteres Problem ist der enorme Papierverbrauch. Die Zellstoff- und Papierproduktion ist Hauptverursacher der Verschmutzung österreichischer Gewässer. Die

Gift am Arbeitsplatz

Marxismus aktuell

NATIONALE FRAGE

"Die Arbeiter haben kein Vaterland." Das schrieb Karl Marx 1848 im Kommunistischen Manifest. Wie stehen Marxisten heute zur nationalen Frage? Natürlich sind die Arbeiter auch Teil einer Nation. Aber die grundsätzliche Frage ist: Welche Interessen wiegen stärker - nationale oder soziale? Mit den Kapitalisten ihrer Nation verbindet die Arbeiter die Sprache. Mit den Arbeitern anderer Länder teilen sie die gleiche soziale Stellung in der Gesellschaft. Und daraus resultieren gemeinsame Interessen wie soziale Sicherheit, höhere Löhne, weniger Ausbeutung oder kürzere Arbeitszeit. Die Kapitalisten haben genau gegensätzliche Interessen, sie wollen auf Kosten der Arbeiter höhere Profite.

Es ist für einen Arbeiter egal, ob er von einem inländischen oder ausländischen Unternehmer ausgebeutet wird. Umgekehrt wissen wir ja, daß die Kapitalisten, mögen sie sich noch so national geben, ausländische Arbeiter immer dann beschäftigen, wenn sie ihnen weniger Lohn zahlen müssen. Wenn also nationale und wirtschaftliche Interessen miteinander in Widerspruch geraten, so erweisen sich immer die wirtschaftlichen als die stärkeren. Die Arbeiter können ihre gemeinsamen Interessen nur gemeinsam durchsetzen. Daher ist Nationalismus für die Unternehmer ein Mittel, um die Arbeiterklasse zu entzweien.

Gegenwärtig gibt es eine Welle des Nationalismus in Osteuropa, aber auch stärker werdende rechte nationaltönende Bewegungen in Westeuropa. Gemeinsam ist den Nationalisten, daß sie soziale Ursachen haben. Auch die starke Ausländer- und Asylanfeindlichkeit ist durch die Verschlechterung der sozialen Lage zu erklären. Die Ursache von Armut und Arbeitslosigkeit liegt zwar im kapitalistischen Wirtschaftssystem, doch die rechten Demagogen verwenden andere Nationalitäten als Sünden-

böcke und lenken so von den wirklichen Ursachen der Probleme ab.

Nationalismen in unterdrückten Nationen, die sich gegen imperialistische Mächte richten, von denen sie national unterdrückt wurden, haben hingegen auch eine fortschrittliche Rolle. Sie fordern z.B. oft die Enteignung multinationaler Konzerne, die in diesen Ländern nur die Menschen und die Natur ausbeuten, die Gewinne aber in den reichen Westen fließen lassen. Ein Sieg von nationalen Befreiungsbewegungen in der "3. Welt", auch wenn sie von irgendwelchen korrupten und obskuren Gestalten angeführt werden, bedeutet einen Fortschritt, weil es ein Schlag gegen den Imperialismus ist.

Der Ausbruch des Nationalismus im ehemaligen Ostblock ist spezifisch zu erklären. Das Zarenreich war ein Völkergefängnis. Die Russen unterdrückten andere, kleinere Nationen brutal. Die stalinistische Bürokratie drückte allen Nationalitäten, begleitet von großrussisch tönender Propaganda, ihren Stempel auf. Nährboden genug für einen ständig im Untergrund siedenden Nationalismus, der jetzt an die Oberfläche kommt. Wichtig ist allerdings, daß in vielen Bereichen zuerst die Arbeiter verschiedener Nationalitäten gemeinsam gegen die Bürokratie zu kämpfen begannen (CSSR, Baltikum, Jugoslawien...). Erst als die Ergebnisse dieser Kämpfe nichts als wirtschaftlichen Niedergang und soziales Elend (aufgrund des Fehlens einer starken marxistischen Kraft) brachten, gewannen Nationalisten mit griffigen Scheinlösungen an Boden.

Eine der wichtigsten Fortschritte des Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus war die Beseitigung der Kleinstaaterei, die eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Weiterentwicklung war. Am Beispiel Osteuropa zeigt sich gut wie sich der Charakter des Kapitalismus



"Zur nationalen und zur kolonialen Frage" von Lenin

von einem relativ fortschrittlichen zu einem absolut reaktionären Gesellschaftssystem gewandelt hat. Die Wiedereinführung des Kapitalismus bedeutet dort Kleinstaaterei und Rückschritt.

Das Ziel des Sozialismus ist es daher, eine demokratische Planwirtschaft zu errichten, die die Grenzen der Staaten überwindet, wozu der Kapitalismus unfähig ist. Der Sozialismus ist eine internationalistische Bewegung; er kann als Gesellschaftssystem auch nur international verwirklicht werden. Er soll die volle Gleichberechtigung der Nationen und ihr harmonisches Miteinander verwirklichen.

Um ein Absterben des Nationalismus zu ermöglichen, ist jegliche nationale Unterdrückung abzuschaffen. Die Bolschewiki führten daher nach der Oktoberrevolution das Selbstbestimmungsrecht der Nationen durch. Der Imperialismus teilt die Völker in unterdrückte und unterdrückende ein. Die Russen haben sehr lang andere Nationen unterdrückt. Lenin meinte daher, daß man diese Nationen nicht dazu zwingen kann, mit den Russen in einem Staat zu leben. "Alle Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung." "Wir wollen ein freiwilliges Bündnis der Nationen, ein Bündnis, das keinerlei Gewaltanwendung einer Nation gegenüber einer anderen zuläßt."

Auch heute muß für uns Marxisten der Kampf über alle Nationalitäten hinaus für eine "übernationale" sozialistische Gesellschaft im Vordergrund stehen.

David Mum aus der SJ ausgeschlossen

Stoppt die Kriegstreiber

Tagtäglich die selben Bilder: Tote, Verletzte, Ausgebombte. Exjugoslawien - ein Trümmerfeld. Eine Einheitsfront von Kronzeitung bis Peter Pilz weiß aber eine "Lösung": Ein Militäreinsatz, der den "serbischen Bösewichten" den Garaus machen soll.

Die Ursachen für den tobenden Bürgerkrieg liegen im Versagen des Tito-Stalinismus. Jahrzehntelang wurde wie in Osteuropa auch die Arbeiterklasse Jugoslawiens bürokratisch unterdrückt. Das Nord-Süd-Gefälle blieb bestehen, die Bürokratie versuchte immer wieder die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszuspielen. Entscheidend war aber auch immer die Rolle des Imperialismus, der auf eine lange Tradition der "Balkanpolitik" zurückblicken kann.

Der Westen am Balkan

Nach dem 1. Weltkrieg errichteten England und Frankreich den ersten "gesamtjugoslawischen Staat" unter serbischer Dominanz. In diesem sich immer autoritärer entwickelnten Gebilde wurden Minderheiten ausgebeutet und unterdrückt. Im 2. Weltkrieg wurde unter der Kontrolle der Nazis der faschistische kroatische Ustascha-Staat geschaffen, der tausende Juden, Serben und Kommunisten ermordete. Diesmal war es der deutsche Teil des Imperialismus, der durch seine Truppen massiv mitmischte.

Nachdem die Partisanenarmee Titos das Land aus eigener Kraft befreit hatte, errichtete er einen Arbeiterstaat, in dem aber wie in Osteuropa eine Bürokratie und nicht die Arbeiterklasse herrschte. Der Bruch zwischen den Bürokraten Tito und Stalin bot für den Westen wieder einen willkommenen Anlaß, seine Finger Richtung Balkan auszustrecken, zumal ihm die jugoslawische Herrscherclique Tür und Tor öffneten. Geld wurde im Abtausch für politisches Wohlverhalten gegeben.

Schulden und Profite

Bis Mitte der 60er Jahre expandierte die jugoslawische Wirtschaft kräftig. Gleichzeitig hatte sie sich durch starke marktwirtschaftliche Elemente und westliche Kredite in hohem Ausmaß von den kapitalistischen Staaten abhängig gemacht. Ende der 60er gingen im Westen die Wachstumszahlen hinunter und das hatte unweigerlich auch große Auswirkungen auf Jugoslawien. Die Bürokratie verschrieb sich daraufhin mit Haut und Haaren dem IWF, der Kredite gab und seinen üblichen Tribut dafür forderte:

Die Staatsverschuldung und die Inflation stiegen in ungeahnten Höhen. In den 80er Jahren begann der IWF dann seine Kredite an harte "Gesundungsmaßnahmen" zu koppeln. Lohnsenkungen, Zinserhöhungen, Betriebsschließungen wurden der jugoslawischen Arbeiterklasse verschrieben. Gleichzeitig wurde der Schuldendienst zu einer immer drückenderen Belastung. Z.B. wurden alleine zwischen Jänner und Juli 86 5,6 Mrd Dollar an ausländische Banken gezahlt. Jugoslawien wurde in den 80er Jahren zum Nettokapitalexporteur, an dem vor allem österreichische und deutsche Banken verdienten. Die Folge waren ein weiterer Niedergang der Wirtschaft und Verschlechterung des Lebensstandards. Die Arbeiterklasse antwortete zunächst mit Streiks. So gab es 1982 174 Streiks, 85 schon 896, 1987 900 und 1988 über 1000 Streiks. Erst als diese Streiks relativ erfolglos blieben (selbst 100% Lohnerhöhungen wurden von der Inflation sofort aufgeessen) und die Wirtschaft durch IWF-Diktate weiter verfiel (1990 - 18,2%), gewannen die Nationalisten die Oberhand.

Der Nationalismus hat seine Wurzeln im wirtschaftlichen Niedergang Jugoslawiens. Und für diesen Niedergang zeichnen letztlich die Sanierungsprogramme des IWFs,

sowie westliche Banken und Konzerne, die ihren Profit aus der Balkanregion zogen, verantwortlich.

Militärintervention des Westens?

Jede Militärintervention des Westens würde eine Lösung im Sinne genau dieser Banken und Konzerne bedeuten. Es war die EG, die vorgeschlagen hat, Bosnien zwischen Serbien und Kroatien in Einflusssphären aufzuteilen. Brüssel (vor allem Bonn/Berlin und Wien) sind voll verantwortlich für den Genozid an den Moslems. Es sind lediglich unterschiedliche strategische Interessen, die die Balkanpolitik von BRD und USA bestimmen. Die BRD will ihre Profite in Slowenien und Kroatien sichern, der USA geht es vor allem um Stabilität. Doch alle imperialistischen Staaten fürchten vor allem eines: Einen für sie nicht einschätzbaren, unkontrollierbaren Balkan und unabhängige Bewegungen der Arbeiterklasse. Eine Militärintervention würde nichts anderes heißen, als Territorien abzustecken und die Kleinstaaterei kontrolliert durch allerlei regionale Diktatoren und Gestalten wie Tadjman festzuschreiben. Auch unter UNO-Fahnen wäre das die reale Bedeutung einer solchen Intervention. Gerade im militärischen Bereich waren die Vereinten Nationen immer ein Mittel der Herrschenden (z.B. Golfkrieg), um ihre Interessen durchzusetzen, **Den Herrschenden geht es um Profite und kapitalistische Restauration. Nur die Arbeiterklasse und nicht der Westen, der an dem ganzen Desaster mitschuld ist, kann Selbstbestimmung und Sturz der Milosevics und Tadjmans (der genauso Lager errichten ließ, Oppositionelle ins Gefängnis werfen läßt und einen Eroberungskrieg führt) durchsetzen.**

John Evers
aus der SJ ausgeschlossen

Aus dem Betrieb

Ein Hotel im ersten Wiener Bezirk. 35 Zimmer, 4 Sterne, etwa 20 Beschäftigte. Kein Gast verläßt es, ohne nicht 1.500,- abzulegen. Die Auslastung beträgt in der Hochsaison 95%, in der Nebensaison aber nur 50%. Da heißt es sparen. Aber natürlich nur bei den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Wäre ja auch noch schöner, wenn die Hotelbesitzerin ihren Lebenswandel umstellen müßte. Zinshäuser, Landhaus, Mercedes, Reitpferd, Reisen, Hotel. Das alles muß gesichert bleiben, kann es aber nur auf Kosten der Angestellten.

So ist es durchaus üblich, ins Büro gerufen zu werden (natürlich auch an freien Tagen) um der Chefin Mankobeträge zu erstatten, wenn man sich z.B. bei Rechnungen geirrt hat. Selbst Groschenbeträge fordert sie schon zurück, muß doch ein Netto-Gewinn von gut und gerne 100.000 öS pro Monat gesichert werden.

Ich selbst arbeitete eininhalb Jahre als Rezeptionist im Hotel M. Jetzt ließ ich die Lohnabrechnung nachprüfen. Fazit: 18 Monate lang wurden verschiedene, im Kollektivvertrag festgeschriebene Sonderzahlungen nicht ausbezahlt. Ein Brief blieb unbeantwortet, über viele Ecken wurde mir ausgeübt, es wäre "ein bedauerlicher Irrtum passiert; ein Fehler unterlaufen".

Gleichzeitig verschlechterte sich das Betriebsklima spürbar; ich war "in Ungnade gefallen", was im Hotel M. gleichbedeutend mit "Nie wieder Urlaub, wann Du willst" ist.

Ich mußte also kündigen. Nur die Angst vor einem Prozeß beim Arbeitsgericht (ich war nicht der Erste) ließ die Chefin dann zahlen.

Beim Abholen der Arbeitspapiere präsentierte sie mir eine Rechnung für Telefongespräche, die ich angeblich geführt hätte. Auf die Unmöglichkeit einiger Beträge hingewiesen, konterte sie nur mit "Ich weiß nicht" und "das

ist Ihr Problem". Als ich mich weiterhin - trotz eines Schreianfalles ihrerseits - weigerte, diese Rechnung zu begleichen, griff sie zum Telefon, und wies die Bank an, die Überweisung meines Gehalts zu stoppen. Erst eine Klagedrohung schreckte sie zurück und das Geld wurde überwiesen.

Klestil: Witzfigur oder Metternich?

Mit "Mehr Demokratie"-Sprüchen gewann er, mit "mehr Macht für mich" - Lösungen trat er sein Amt an.

Während die SPÖ-Führung respektvoll von guter Zusammenarbeit spricht, gibt sich Klestil allmächtig wie kein Präsident zuvor: Bei seiner Amtsantrittsrede sowie in Interviews gab er bereits bekannt, daß er von der Bundesregierung beschlossene Gesetze nach eigenem Gutdünken beurteilen werde. Sollten sie seiner Vorstellung nicht entsprechen, werde er mit der Unterzeichnung zumindestens zuwarten. In Punkto Bundesheer vertritt er die Einführung einer schnell verfügbaren Einsatztruppe und schließt auch den Beitritt zu einem europäischen "Verteidigungs-Bündnis" nicht aus. Ähnliches fordert auch die FPÖ!

An Klestil ist gut zu erkennen, was von angeblich "volksnahen" Sprüchen bürgerlicher Politiker wirklich zu halten ist. Sie greifen oft tatsächlich bestehende Mißstände auf (z.B. Privilegien), präsentieren dafür Sündenböcke und dreschen ein paar Phrasen. Kaum an der Macht zeigen sie ihr wahres Gesicht: weniger Demokratie, Angriffe auf die Arbeitnehmer (Gürtel enger schnallen...) usw. Klestil bedient sich wie Haider aller dieser Mittel, allerdings etwas "nobler": Für "Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingen", aber Österreich kann "natürlich kein

Mittlerweile erfuhr ich, daß einer Kollegin dieselbe Rechnung vorgelegt wurde und von dieser bezahlt werden mußte.

Die Kontrolle meiner Endabrechnung durch die Arbeiterkammer ergab einen Fehlbetrag von etwa 10.000 öS.

Im Gastgewerbe fehlen Arbeitskräfte! Warum wohl?

Christian Neumaier JG 11



Einwanderungsland sein".

Die Verantwortung trägt unsere SPÖ-Führung. Sie schafft durch ihre Politik den Boden für die Wahlsiege der Klestils und Haider. Anstatt die Probleme aufzugreifen und offensiv mit einem sozialistischen Programm gegen FPÖ und ÖVP zu kämpfen, spielt sie die Rolle des Sachverwalters und Durchführers bürgerlicher Konzepte. Die SPÖ bietet so das Bild einer "alten, korrupten und verbrauchten" Partei. Leute wie Klestil und Haider präsentieren sich mit ihren Horrormängeln dagegen als "jungendlich frisch".

Der Sieg Klestils war ein deutlicher Schritt Richtung schwarz-blauer Koalition. Egal ob sie sehr bald zustande kommt, oder ob es noch etwas dauert: die Inhalte von ÖVP und FPÖ werden noch stärker als bisher den Regierungskurs dominieren. Denn da geben bürgerliche, arbeiterfeindliche Konzepte (Verstaatlichung, Sozialabbau...) schon längst den Ton an.

Profit auf unsere Kosten

Hungersnöte, Bürgerkriege, bedrohende Umweltzerstörung,... man braucht nur die Zeitung aufzuschlagen. Soll das der angebliche Sieg der Marktwirtschaft sein?

Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch immer wiederkehrende Krisen. Es gibt zwar immer wieder Phasen der konjunkturellen Erholung, jedoch wurde das oft durch künstliche Maßnahmen und nicht durch reale Produktionsausweitung erreicht (wie z.B. nach der internationalen Rezession 1980 bis 82): **Ausdehnung staatlicher und privater Verschuldung, Ausweitung der Aktiengeschäfte, Superausbeutung der "3.Welt", Erhöhung der Mehrwert- bzw. Profitrate (Zunahme der Arbeitshetze, Umverteilung von unten nach oben) und staatliche Aufrüstungsprogramme.**

Die Schwäche des Systems zeigt sich unter anderem in der Massenarbeitslosigkeit (30 Mio. in den OECD-Staaten) und Verschuldung (z.B. USA: 2500 Mrd.\$).

Prospektiven für die 90er

In den USA, Kanada, Großbritannien, Schweiz und den skandinavischen Ländern gibt es derzeit eine Rezession. Die deutsche Wirtschaft ist nach Ansicht von Wirtschaftsexperten nicht mehr weit von der Rezession entfernt. Japans Wirtschaft steckt zur Zeit in einer tiefen Krise. Es gibt keine Anzeichen für eine rasche Erholung in diesen Staaten. Der vorhergesagte schwache US-Wirtschaftsaufschwung wurde durch die deutsche Hochzinspolitik abgewürgt. Die gesamteuropäische Konjunktur wurde zu Tode gebremst. Es gibt eine zunehmende Verschuldung in den Industrieländern und die enorme Schuldenlast der "3.Welt". Die Verfassung der Weltwirtschaft ist am Anfang der 90er schlechter als zu Anfang der weltweiten Rezession 1980. Die Spielräume, um die Wirtschaft in Aufschwung zu halten, sind sehr

gering. Das heißt, die künstlichen Mittel, die in den 80ern verwendet wurden, um eine tiefe Krise zu vermeiden, können nicht beliebig ausgeweitet und wiederholt werden.

Durch den Zusammenbruch des Stalinismus ist eine neue Konstellation entstanden. Japan, EG und USA driften immer weiter auseinander. Zwischenstaatliche und regionale Abkommen werden immer wichtiger, um die eigenen Märkte und Profite zu sichern und dadurch wird der Welthandel geschwächt. Ein Beispiel dafür ist die Schaffung der nordamerikanischen Freihandelszone.

In den ehemals stalinistischen Ländern gibt es eine wirtschaftliche Katastrophe hohe Schulden, Bürgerkrieg. Die größte Ausdehnungsmöglichkeit für den Imperialismus seit 1914 kann nicht genutzt werden, da die Ressourcen nicht vorhanden sind. Nur in Teilbereichen können sich Absatzchancen für Westprodukte im Osten eröffnen; Rohstoffe und billige Arbeitskräfte können auch nur teilweise genutzt werden. Es werden keine neuen Massenmärkte entstehen und es wird auch keine Möglichkeit geben, die Schulden zurückzuzahlen. Der Kapitalismus hat bis jetzt sehr wenig in den Osten investiert. Den Kapitalbedarf der osteuropäischen Länder schätzt man in den nächsten 10 Jahren auf 50 Mrd.US\$. 1991 betragen die westlichen Direktinvestitionen aber nur 3 Mrd.\$.

Der Wirtschaftsaufschwung drückt sich drastisch aus: Im 1. Halbjahr schrumpfte das Bruttosozialprodukt in der Ukraine um 13%, das Nationaleinkommen sank um 15%, die Produktivität um 14%. Im letzten Jahr wurde mehr in Eurodisney investiert als in Polen. Zur Zeit gibt es einen Rückgang des Außenhandels, die Märkte in Osteuropa schrumpfen bereits. Die Produktion sinkt stärker, die Rezession dauert länger, die Arbeitslosigkeit steigt schneller und die Inflation geht wesentlich langsamer zurück als das z.B. vom Internationalen Währungs-



fond prognostiziert worden ist.

Die Hoffnungen der Arbeiter ins westliche Kapital werden enttäuscht und sie wehren sich jetzt schon gegen die konkreten Auswirkungen der Reformen (Preiserhöhungen, Privatisierung, Entlassungen). Lebensbedingungen wie in der "3.Welt" sind das, was Osteuropas Menschen erwartet.

Für die "3.Welt" gibt es im Kapitalismus keine Zukunftsperspektiven. Die Gesamtverschuldung stieg von 1982 auf 1990 von 755 auf 1180 Mio.\$.

Die "Entwicklungshilfe" verschlechtert die Lage oft noch und die Kredite verstärken immer mehr die Abhängigkeit. Die wirtschaftliche Not bringt Kriege und Chaos.

Die wahrscheinlichste Perspektive für die 90er sind kurze schwache Aufschwünge und immer längere Phasen von Stagnation und Rezession. Bereits die "Boom"Periode der 80er war gekennzeichnet durch scharfe Attacken auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft. Doch auch in der Vergangenheit, gerade in jüngster Zeit, stand Gegenwehr und Protest auf der Tagesordnung: Beispiele dafür sind Litauen, Polen, Griechenland, Spanien, Holland, Finnland, Schweden und Deutschland, wo Arbeiter streiken und auf die Straße gehen. In Deutschland streikten 500.000 im öffentlichen Sektor - das war die größte Bewegung der Arbeiter in Deutschland seit 1948. In Japan gab es eine riesige 1.Mai Demonstration und Proteste gegen lange Arbeitszeiten. Jedenfalls stehen die Zeichen in der internationalen Wirtschaft auf Sturm - auch Österreich wird das zu spüren bekommen. Die Unternehmer verlangen eine Verlängerung der Arbeitszeit, um ihre Profite aufzubessern. Die internationale Arbeiterbewegung ist aufzufinden, endlich mit dem kapitalistischen Spuk aufzuräumen.

Claudia Sorger SJ 6

Eisenbahner unter Beschuß

Nach vor dem Sommer hat die Bundesregierung das neue Bundesbahngesetz ausgehandelt, das im Herbst beschlossen werden kann.

Wichtigste Eckpunkte: Ab dem 1.1.93 sind die ÖBB ein eigenständiges Unternehmen, die Finanzierung der Infrastruktur (Gleise, Bahnhöfe...) und der gemeinwirtschaftlichen Leistungen wird gesetzlich geregelt. In der Dienstrechtsfrage gibt es einen Eigentümerverweis an den künftigen Vorstand. Dieser soll in zwei Jahren eine Regelung auf Basis des Arbeitsrechts in der Privatindustrie ausarbeiten! Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft ist mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden!

Vor einigen Jahren hieß es dazu noch in der Gewerkschaftsbroschüre "Die Eisenbahner im Schußfeld der ÖVP": "Es ist daher verständlich, daß sich die Eisenbahner gegen eine Änderung ihres Pensionsrechts mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen werden."

Dazu hätten sie auch allen Grund. Die Aussage, daß die Eisenbahner eine privilegierte Berufsgruppe seien, ist schlichtweg eine Lüge! Sie gehören nach wie vor zu den schlechter verdienenden Berufsgruppen. Durchschnittlich sind 7% weniger im Lohnsackel, als beim Rest der unselbstständigen Beschäftigten. Verglichen mit den Angestellten und Beamten des Bundes schneiden sie sogar um 20% schlechter ab. Über der ASVG (allgem. Sozialversicherungsgrundlage)-Höchstbemessungsgrundlage liegen nur 2% der Eisenbahner, aber 30% der Angestellten und Beamten des Bundes. Der Dienst der Eisenbahner ist anstrengender und gefährlicher! Jährlich gibt es ca.3000 Arbeitsunfälle. Nirgends muß so viel Nachtdienst verrichtet werden wie bei der ÖBB. 3000x müssen Eisenbahner in ihrer Dienstzeit in der Nacht arbeiten, das entspricht ca. 8 Jahren ununterbrochenem Nachtdienst. Der "Kompromiß" der Gewerkschaftsführung bedeutet einen klaren Verrat an den Inter-

sen der ÖBB-Bedienten. Jetzt wo es drauf ankommen würde, Stärke zu zeigen, ziehen die Herren "Arbeitervertreter" (die ohnehin längst wie Manager leben) den



Jetzt reicht's ...

...IMMER FRECHERE NAZI-ATACKEN!

In der Nacht vom 23.8. auf den 24.8. kam es in Rostock zu schweren Angriffen von rechtsradikalen und nationalistisch verhetzten Jugendlichen auf ein Asylantenheim und ein (angeblich illegales) Lager von Roma und Sinti. Auch in Wien gab es Nazi-Schmierereien. Es spricht einiges dafür, daß die NSDAP/AO (Aufbauorganisation) und ihre Vorfeldorganisationen VAPD (Österreich) und FAP (Deutschland) einen sogenannten "Reichsapell" unternommen haben. Es wurden Nazigrößen aus Schweden und Österreich verhaftet.

Der Zeitpunkt für diesen Angriff ist auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage "gut" gewählt. Typisch auch das Verhalten der Polizei; während man bei linken Demonstrationen (zuletzt beim G7-Gipfel in München) die Demonstranten mit Hubschraubern und

Anti-Terror-Einheiten in Schach hält, hatten die Faschisten in Rostock oft nahezu freien Lauf. Bei der Gegendemonstration am 29.8. kam es bereits im Vorfeld zu Festnahmen und Schikanen! Für die Regierung bietet das wieder einen Vorwand zur Verschärfung der Asylgesetze und zur Aufrüstung der Polizeikräfte.

Jetzt müssen wir mit vollem Einsatz gegen die braune Pest vorgehen! SPD, PDS und Gewerkschaften müssen Leute zur Verteidigung von Asylantenheimen freistellen und mit den Bewohnern gemeinsam Verteidigungskomitees aufbauen. Die Linken müssen die Bonner Ausbeuterregierung bloßstellen, um arbeitslosen Jugendlichen aufzuzeigen, daß der Faschismus keine Alternative bietet.

Michael Gehmacher
aus der SJ ausgeschlossen

Leserbrief

Im Osten (fast) nichts Neues

Auch im Burgenland kämpfen VORWÄRTS-AktivistInnen für eine sozialistische SJ-Politik, doch genau wie in den anderen Bundesländern werden ihnen auch hier bei dieser Arbeit Steine in den Weg gelegt. Hochrangige Pustzpartisanen warnen interessierte Menschen vor Kontakten mit uns, und das sozialistische VORWÄRTS-Konzept wird als läßt).

antidemokratisch und stalinistisch dargestellt. So versucht die Büro-SJ jungen Leuten, die in ihren Reihen verständlicherweise keinen Platz mehr finden können, die Freude an aktiver Mitarbeit zu

nehmen. Danach spricht unser großer Vorsitzender dann in den Medien von der angeblichen "Politikverdrossenheit" unserer Generation. In diesem Zusammenhang muß auch gesagt werden, daß jene Leute, die von den SJ Verbandsfunktionären höchster Ebene im Burgenland bewußt über unsere Arbeit falsch informiert werden, nicht Mitglieder der SJ-Burgenland sind (was sich möglicherweise durch den Rechtsruck der SJ erklären lassen). Trotzdem oder gerade deswegen können wir mitteilen, daß die Zahl der VORWÄRTS-Unterstützer nun auch im Osten unseres Landes steigt.

Stevie Wetschka SJ-Burgenland
(Funktionen zurückgelegt)

AUF NACH BRÜSSEL

Jugend gegen Rassismus in Europa Internationale Antifa- Demonstration in Brüssel

Nach 50 Jahren ist es wieder so weit. Asylantenheime brennen, Rassisten und Faschisten gehen in ganz Europa in die Offensive. Ausländerfeindlichkeit hat seine Ursache nicht in der "Bösartigkeit" der Menschen. Sie ist eine Folge real bestehender Probleme wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit... Politiker wie Haider greifen diese Probleme auf und machen Ausländer zu Sündenböcken. Wir müssen den Kampf gegen Ausländerfeinde offensiv führen, durch Aktionen, Demos... Wo Faschisten und Rassisten auftreten, müssen wir zeigen, daß sie hier nichts zu suchen haben. Doch letztlich werden wir Ausländerfeindlichkeit nur besiegen können, wenn in- und ausländische Jugendliche und Arbeitnehmer konkret etwas gegen ihre sozialen Probleme unternehmen. Um die Rassisten und Faschisten zu stoppen, hat sich vor einiger Zeit das Antifaschische Komitee der Schüler und Lehrlinge Wiens organisiert, das sich an der Kampagne "JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA" beteiligt. Als erste Aktion und als Antwort auf die Rechten in Europa organisiert

"JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA"

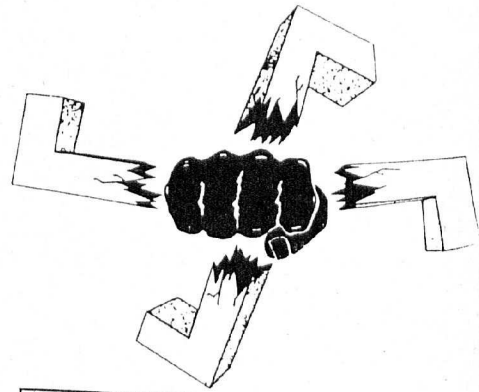
die erste europaweite Demonstration gegen Rassismus und Faschismus in Brüssel. Mindestens 200 Leute aus Österreich wollen wir dort hinbringen, um Seite an Seite mit unseren belgischen, britischen, französischen, türkischen, arabischen,... KollegInnen gegen Rassismus zu demonstrieren.

Unsere Forderungen:

- * Gegen alle Formen rassistischer, nationaler und religiöser Diskriminierung.
- * Für den gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen und Jugendlicher aller Nationalitäten und Hautfarbe gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Sozialabbau.
- * Für gemeinsame Aktionen gegen rassistische und faschistische Angriffe.
- * Gegen alle diskriminierenden Gesetze gegen Ausländer.

Nicht zuletzt auch als Warnung an die Rassisten, einschließlich derer die in der europäischen Regierung oder in den Konferenzräumen der Großkonzerne sitzen. Kommt am 24.10. mit nach Brüssel und beteiligt auch an der Kampagne "JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA".

Reinhard Ruzicka Antifa-Komitee



Als Reaktion auf Rostock machte "JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA" am Freitag den 28.8. in ganz Europa Aktionen. Mit Transparenten, Broschüren und Unterstützungslisten "bewaffnet", machten wir zwei Stunden lang "Dampf gegen Rechts". Dabei wurden über 2000,- vor allem von Jugendlichen für die Brüssler Demo gespendet. Bei einer Demonstration gegen Nazis am Nachmittag verkauften Severin, Luis, Harald, Christian und Florian Material für fast 500 Schilling! All das bringt uns Brüssel wieder ein paar Kilometer näher.

HAST DU INTERESSE BEKOMMEN?

Antifa-Komitee Postfach 1233 Wien
Spenden an: PSK-Privatsparbuch
Nr 200,962.326

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift



Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- ÖS

10 Ausgaben zu 100,- ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo

zu ÖS ... beziehen

(ab 50,- ÖS)

Auslandsabo(5 Ausgaben:80.-)

Einsenden an:

Verein VORWÄRTS zur sozialistischen
Demokratie

Postfach 2, A-1082 Wien